

Beschlussempfehlung

Hannover, den 01.12.2020

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Immer wieder Klumpen aus dem Meer: Verschmutzung der Nordsee-Strände beenden, Küstenkommunen unterstützen, Tankreinigungen auf See verbieten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3934

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

Immer wieder Klumpen aus dem Meer: Verschmutzung der Nordsee-Strände beenden, Küstenkommunen unterstützen, Tankreinigungen auf See verbieten und Verursacher in die Verantwortung nehmen sowie die Regelungen zur Strandreinigung harmonisieren

Immer wieder werden an den ostfriesischen Inseln und der Nordseeküste Paraffinklumpen aus dem Meer angespült, die die Strände verschmutzen. Die Reinigung der Strände verursacht für die betroffenen Kommunen erheblichen Aufwand und Kosten, auch für die Entsorgung des gesammelten Materials.

Ursache für die Verschmutzung von Meer und Küste ist, dass Tanker ihre Laderäume auf See reinigen. Paraffin wird als Massengut in Tankern transportiert. In den Häfen gibt es geeignete Möglichkeiten zur Reinigung der Tanks. Der Ladungsempfänger ist verpflichtet, auch Ladungsreste anzunehmen. Außerhalb der Zwölf-Seemeilen-Zone ist die Einleitung von Paraffin, paraffinähnlichen Stoffen und Pflanzenfetten nach wie vor erlaubt. Reedereien nutzen diese legale Entsorgung auf See auch, um Liegegebühren im Hafen und Zeitverluste bei der Beladung zu vermeiden.

Kommt es zu Verunreinigungen von Stränden, ist der Verursacher rechtlich verpflichtet, die Kosten der Strandverschmutzung zu tragen. In Niedersachsen gelang es bislang jedoch in keinem Fall, einen Verursacher zu identifizieren und in Haftung zu nehmen.

Der Landtag begrüßt, dass sich die Umweltministerkonferenz bereits im Jahr 2014 für ein schiffsbedingtes Einleitverbot für Paraffin und damit verbundene schädliche ölhaltige Mischungen und Rückstände in die Meeresumwelt ausgesprochen hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass die Internationale Schiffsorganisation (Internationale Maritime Organisation, IMO) über die aktuelle Änderung der MARPOL-Anlage II hinaus ein generelles Einleitverbot im Meer für Paraffin, paraffinähnliche Stoffe und Pflanzenfette beschließt,
2. zu prüfen, ob an den niedersächsischen Ufern und Stränden ein systematisches Monitoring für Paraffinabfälle einzuführen ist, und hierfür die notwendigen Personal- und Sachmittel bereitzustellen, um die ab dem 01.01.2021 geplante Änderung des MARPOL-Annex II zu überwachen, wonach auch hochviskose und sich verfestigende Stoffe verpflichtend einer Vorwäsche im Hafen unterliegen müssen, bei der das anfallende Waschwasser an Hafenauffanganlagen abgegeben werden muss,

3. die Möglichkeiten zur Umsetzung eines Konzepts zur gezielten Überwachung, Kontrolle und Haftbarmachung (z. B. durch Luftaufklärung, Satellitenbilddauswertung) zu prüfen, um die Verursacher in die Verantwortung nehmen zu können, falls beim Monitoring zur Änderung des MARPOL-Annex-II-Abkommens dessen Nichteinhaltung festgestellt wird,
4. die landseitigen Maßnahmen und Folgekosten zur Beseitigung von Verschmutzungen (Paraffin, Teek, Plastikanspülungen, verlorene Ladung etc.) zu harmonisieren.

Axel Miesner
Vorsitzender

(Verteilt am 14.12.2020)